IMT Nuremberg Archives

H – 3754

International Court of Justice

H3754 – 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 9 August 1948

I certify that Document Number 3314-PS was introduced into evidence as Exhibit Number GB-235 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3754 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3317-PS No. GB-235 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 9 August 1948

H3754 - 0004

Exhibit No. GB 235 Nurnberg, 1st February, 1946.

I, KENNETH HUGH MOLESWORTH DUKE, Major, Royal Artillery, a Member of the BRITISH WAR CRIMES EXECUTIVE (EUROPEAN SECTION), certify that

Document No. 3317 PS

consisting of two photostat pages, is a true copy of pages 1 and 2 of the

Frankfurter Zeitung

of 13th October, 1932.

Kenneth Hugh Molesworth Duke

Major, R.A.

B 039506

3317-PS

H3754-0005

Donnerstag, 13. Oktober 1932 — 20 Pfg. — Reichsausgabe (vereinigt die 3 Ausgaben) — 77. Jahrgang — Nr. 705—707

Die Reichs-Ausgabe erscheint täglich (außer Sonntags) vierstündig (früh, 1., 11. Morgenblatt, Nachmittag, Abendblatt, Literaturblatt, Für Landwirtschaft und Technik, Frankfurter Wirtschaftsblatt, Für die Frau, Bilderblatt, Für die Jugend, Sport). Bezugspreis in Deutschland monatlich RM 4.— einschl. 36 Pfg. Postzeitungsgebühr, zuzüglich Postzustellgebühr, in Ausland monatlich RM 5.— (Postzeitungsgebühr). Bezugspreis vorbehaltlich Preisänderung. Postscheckkonto: Frankfurt (Main) 4400. Unter Streik und Postverbot.

Anzeigen-Preis (Grundzahl d. Frankfurter Zeitung): Millimeter-Zeile 30 Pfg. Stellengesuche 20 Pfg. Vorzugsplätze nach Vorschrift. Bei Klage, Konkurs oder Zwangsvergleich fallen alle Nachlässe fort. Gerichtsstand und Erfüllungsort ausschließlich Frankfurt (Main). Für Anzeigen ohne Verbindlichkeit übernehmen wir keine Gewähr. Anzeigen-Annahme: Frankfurt (Main), Zeil 126. Fernsprecher: Sammel-Nr. Amt 24 000. Fernamt 24 001. Telegramme: Frankfurter Zeitung Frankfurtmain. Postscheck: Frankfurt (Main) 4400.

Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung) und Handelsblatt (Neue Frankfurter Zeitung)

Begründet von Leopold Sonnemann

Benzin 34 bis 41 Pfennig!

Subventionswirtschaft und kein Ende.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

ph. Berlin, 12. Okt. Mit der neuen Preiserhöhung, die gestern in Kraft getreten ist, wird der Treibstoffverbrauch aufs neue in unerträglicher Weise belastet. Selbst in Hamburg und Berlin, in Bezirken also, die infolge günstiger Frachtlage und starker Konkurrenzmöglichkeiten erfahrungsgemäß die niedrigsten Preise haben, liegt jetzt der deutsche Preis für Benzin, Benzol und Gemische zwischen 34 und 46 Pfennigen. Auf dem Lande aber, abseits der Wasserstraßen, kostet Benzin 41, Gemisch 45 und Benzol 51 Pfennig je Liter. Dabei ist der Weltmarktpreis bisher nicht nennenswert gestiegen, so daß der reine Einfuhrpreis im Hamburger Hafen nach wie vor rund 6 Pfennig beträgt, also den siebenten Teil des Preises, den beispielsweise der ostpreußische Verbraucher bezahlen muß.

Die Preiserhöhungen der letzten Zeit standen teilweise im Zusammenhang mit der Bildung eines neuen Kartells, das bisemal straff organisiert ist und den deutschen Markt quotenmäßig unter die Importeure aufgeteilt hat, während die inländischen Produzenten eine Sonderstellung eingeräumt erhielten, die ihnen den vollen Absatz ihrer Produktion gewährleistet. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen in der Oeffentlichkeit eine starke Abwehrbewegung gegen das Benzinkartell entstanden ist. Man fordert das Eingreifen der Kartellstelle des Reichswirtschaftsministeriums und die Anwendung der Notverordnungen. Man wird in der Tat ein scharfes Auge auf die Preisgestaltung des Kartells richten müssen. Die bisherigen Preise waren allerdings Kampfpreise, aber es kann den Konsumenten nicht zugemutet werden, die Abschreibungen für ein überspitztes Tankstellennetz zu tragen, und deshalb bedarf die Kalkulation des Kartells einer eingehenden Kritik. Im gegenwärtigen Augenblick ist das aber eine curia posterior. Die Angriffe gegen das Kartell wenden sich zur Zeit ebensosehr an die falsche Adresse wie der Hilferuf, den man an die amtliche Kartellaufsicht richtet.

Es ist sinnlos, das Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums zu fordern, weil die Kartellierung der Benzinfirmen auf den Wunsch und unter dem Druck der Regierung erfolgt ist.

Man hätte eine Zwangskontingentierung herbeigeführt, wenn die Firmen sich nicht freiwillig verständigt hätten, und der Zweck dieses Einsatzes der staatlichen Machtmittel war es, im Interesse der inländischen Treibstoffproduktion auf dem Benzinmarkt durch Kartellierung eine Preiserhöhung herbeizuführen. Ueber diese Tatsache muß sich die Oeffentlichkeit im klaren sein. Sicher haben auch die Benzinimporteure eine Verständigung angestrebt, um den Preiskampf zu beseitigen, den die Kartell-Notverordnung von 1930 durch die Sperrung des alten Kartells herbeigeführt hatte. Aber dieselben amtlichen Stellen, die damals gegen das Kartell fochten, fechten jetzt hinter ihm. Die neue Belastung, die der Konsument erfahren hat, ist daher ein Ausfluß des Benzinprotektionismus.

Es gibt wohl kaum ein zweites Produkt, bei dem die Interessenten es besser verstanden haben, den Staat für ihre Zwecke einzuspannen, und bei dem dadurch ebenso groteske Markt- und Preisverhältnisse herbeigeführt worden wären wie beim Benzin. Als im Juni 1930 der Benzinzoll von 7,74 Rmk. je Doppelzentner auf 12,90 Rmk. erhöht und ein gleich hoher Benzolzoll neu eingeführt wurde, gab man diesem Schritt eine rein finanzpolitische Begründung, obwohl nur eine Ausgleichsabgabe von 3,80 Mark je Doppelzentner eingeführt wurde — ein deutlicher Beweis dafür, daß schon damals die Zollsteigerung protektionistischen Charakter hatte. Noch deutlicher zeigte sich das bei der Zollsteigerung auf 21,93 Mark je Doppelzentner, die im Juni 1931 erfolgte; denn damals wurde die Ausgleichsteuer überhaupt nicht erhöht. Der Einfuhrpreis des Benzins in Hamburg war in der Zwischenzeit von 12,81 auf 5,11 Pfennig je Liter zurückgegangen, eine Preissenkung, die die teilweise auf unrentablen Verfahren beruhende deutsche Produktion offensichtlich nicht vertrug, weshalb man eine finanzpolitisch unsinnige Steigerung des Schutzzolls eintreten ließ.

In der Tat blieb der Pumpenpreis trotz des Rückgangs der Weltmarktpreise fast unverändert, zeigte sogar leicht steigende Tendenzen. Trotzdem hat man der J. G. Farbenindustrie die inländische Ausgleichsabgabe damals bis auf eine reine Anerkennungsgebühr erlassen. Im Juni dieses Jahres wurde die gleiche Vergünstigung auch den anderen inländischen Treibstoffextraktionen gewährt. Neben diese Form des Protektionismus trat eine zweite zu Gunsten der landwirtschaftlichen Brennereien, das heißt also, eines kleinen Kreises agrarischer Betriebe. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist der Abnahmezwang für Sprit bis auf 30 Prozent gesteigert worden, ohne daß man dabei selbst die Berechnungen einzuhalten hätte, die sinnfälligerweise der Senkung des Spritpreises gemacht worden waren. Wenn der Konsument von diesen Vorgängen verhältnismäßig wenig merkte, so lag das allein daran, daß einmal der Weltmarktpreis fortgesetzt zurückging und daß in Deutschland, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, ein heftiger Preiskampf herrschte.

Dadurch konnte man den Verbraucher zu einer außerordentlich hohen und ständig wachsenden Subvention an die Landwirtschaft und an kleine Teile der Industrie zwingen, ohne daß ihm dies zum Bewußtsein kam.

Einige Zahlen geben eine Vorstellung von der Größe dieser Liebesgabe. Selbst auf Grund der niedrigen Einfuhr- und Erzeugung, die in diesem Jahre — zum Teil infolge der Ueberlassung des Treibstoffverbrauchers — erreicht werden dürften, fällt sich eine Belastung des Konsums durch den [illegible] 300 Millionen erreichen, werden 80 Millionen eine reine Subvention an die inländischen Benzin- und Benzolproduzenten darstellen. Gleichsam als Aequivalent für die durch amtlichen Druck geförderte Kartellbildung hat man in den letzten Wochen die Ausgleichsabgabe für die inländische Erzeugung wieder um eine Reichsmark je Doppelzentner erhöht, also mit ungefähr einem Viertel ihres ursprünglichen Betrages wieder in Kraft gesetzt. Diese Ausgleichsabgabe bedeutet eine Verminderung der Subvention um weniger als 4 Millionen, also um 5 Prozent, während die seit Mitte[illegible] hat neuen Zuschlägen von [illegible] erhöhungen um 4 bis 5 Pfennig je Liter (von der Preiserhöhung um 5 Pfennig im ganzen Reichsgebiet herausgesetzt werden; doch hat man sich schließlich dazu erste mit 2 Pfennig begnügt. Wenn aber der Weltmarktpreis erst einmal zu steigen beginnt, so muß die Belastung des Treibstoffkonsumenten in Deutschland steigen in ungeheurem Maße wie die Liebesgaben, die bis heutigen Tages[illegible] gegenüber erhalten. Auch den bisherigen Erlaßungen kann [illegible] damit treffen, daß sie es auch weiterhin verhehlen werden, [illegible] Verminderung ihres Zuschusses zu unterstellen.

Um so unerträglicher muß die Kraftverkehrswirtschaft fordern, daß jetzt ein Abbau der Benzinhilfe erfolgt und bei jeder Steigerung des Weltmarktpreises fortgesetzt wird. Wir lassen die Frage offen, inwieweit [illegible] einen gewissen Schutz für neue Oelvorratserweiterungsmaßnahmen bestehen lassen will, der dann aber den Charakter eines allmählich abgleitenden Erziehungszolles tragen müßte, während bisher der Schutz ständig erhöht wurde. Vor allem brauchte sich dieser Zoll nur auf Verarbeitungsprodukte zu beziehen und nicht auf Rohöl. Dadurch würde man nicht nur die deutschen Verarbeitungsmethoden fördern, sondern auch die Verarbeitung selbst klarer als bisher nach Deutschland ziehen. Für irgendwelchen anderen Zweck als den des Marktes für Oel und seine Derivate besteht keinerlei Begründung. Die Ausbeutung der wenigen deutschen Erdöllager in einer Periode allgemeinen Oelüberflusses sollte zu allererst vom Staate gefördert werden, zu allererst vor allem auch vom militärischen Gesichtspunkt aus. Es ist bedauerlich, daß es immer wieder gelingt, die Wünsche der deutschen Oeffentlichkeit von den Benzinhallen ab und in eine für die deutschen Interessenten ungefährliche Richtung zu lenken. Denn es nützt nichts, wenn die Kraftfahrer Abschaffung [illegible] selbst erschüttern, jetzt den Angriffspunkt [illegible] muß, wird eine Senkung der Treibstoffsteuer [illegible] Form [illegible] Kraftfahrzeugsteuer aufgebracht und zwar neuerdings, wie es auf Grund [illegible] in der nachstehenden Meldung berichteten Tatsachen scheint, [illegible] Erfolg. Wir können verraten, daß dies einem alten Wunsch [illegible] der inländischen Treibstoffproduzenten entspricht, die darin schon lange eine Möglichkeit sehen, die Interessen der Konsumenten und der Kraftfahrzeugindustrie für ihre Zwecke einzuspannen.

Die Konsumenten sollen durch eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer entlastet werden, damit sich die Widerstände gegen die Treibstoffsteuer vermindern.

Dann erhöht sich zugleich der Treibstoffkonsum, an dem die deutschen Erzeuger partizipieren, so daß für sie ein doppelter Vorteil entsteht. Daß wahrscheinlich die Konsumenten und mit ihnen [illegible] übrigen Steuerzahler den Ausfall der Kraftfahrzeugsteuer aufzubringen haben, wird dabei nicht berücksichtigt. Die Gesamteinnahme an Kraftfahrzeugsteuer ist für 1932 mit 180 Millionen veranschlagt, doch dürfte dieser Betrag schwerlich erreicht werden. Würde man die Kraftfahrzeugsteuer vollständig beseitigen, so würde der Kraftverkehr noch nicht [illegible] stark entlastet werden, wo dies bei einer Beseitigung der Treibstoffzölle und der Spritbeimischung möglich wäre. Würde man dagegen die inländische Ausgleichssteuer für Treibstoff den Zöllen anpassen und diese dadurch zu wirklichen Finanzzöllen machen, als die man sie der Oeffentlichkeit seinerzeit auferlegt hat, so würde man die Kraftfahrzeugsteuer um 50 Prozent herabsetzen können, ohne daß sich für den Reichsetat der mindeste Ausfall ergeben würde.

Senkung der Kraftfahrsteuer?

ph. Berlin, 12. Okt. Wie halten seiner Zeit berichtet, daß die Kraftverkehrskammer beantragt hatte, die Kraftverkehrssteuer für das Winterhalbjahr auf die Hälfte herabzusetzen. Da die Kraftverkehrssteuer den Ländern zufließt, hat das Reichsfinanzministerium mit den Ländern Verhandlungen aufgenommen, bei denen diese darauf hinwiesen, daß die Steuermittel zum Straßenbau verwendet werden und daß diese Aufgabe mit Rücksicht auf den schlechten Stand zahlreicher Straßen nicht außer acht gelassen werden darf. Vom Reichsfinanzministerium ist nunmehr ein Kompromißvorschlag gemacht worden, demzufolge das Reich von dem Steuerausfall die Hälfte tragen will, so daß die Länder nur einen Ausfall von ungefähr 12,5 Mill. in der in Frage kommenden Zeit erleiden würden. Man rechnet nämlich in den fünf Wintermonaten nur mit einem Gesamteinkommen von etwa 30 Millionen.

„Regierungsarbeit" in Oldenburg.

Widerspruchsvolle Erklärungen.

WTB. Idar, 12. Okt. Von der nationalsozialistischen Regierung Oldenburgs sind den Zeitungen mit gleicher Post zwei Erklärungen zugegangen, die sich schwer miteinander vereinbaren lassen. In der einen, Verlautbarung heißt es: „Um endgültig Klarheit zu stellen, ob an den Gerüchten, die über den Regierungspräsidenten Döer umgehen, etwas Wahres ist, hat das Staatsministerium beschlossen, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten." In der zweiten Erklärung, die gleichzeitig vom Staatsministerium verbreitet wurde, wird zuerst noch einmal die unwahre Behauptung aufgestellt, daß sich aus jenem (und im fernen Oldenburg bekannten angeblichen „Argwohn" und „Mißtrauen" Reibungen ergeben hätten. Dann heißt es weiter: „Das Staatsministerium hatte gehofft, daß diese Reibungen im Laufe der Zeit aufhören würden, dies ist jedoch nicht eingetreten. Dörr konnte daher aus dienstlichen Gründen nicht Regierungspräsident bleiben. Selbstverständlich ist das Staatsministerium bereit, Dörr anderweitig angemessen zu beschäftigen."

Einem hohen Beamten, der anscheinend das Staatsmißmut verdächtig sein soll, will man noch anderweitig beschäftigen? Das wäre ja eine geradezu erschreckende Weitherzigkeit nationalsozialistischen Ministern — wenn es nicht in Wirklichkeit doch der beste Beweis eines schlechten Gewissens wäre!

Ueber „nationalsozialistische Regierungsarbeit in Oldenburg" sprach Dienstag abend Ministerpräsident Röver im sogenannten Münchner Bürgerbräu. Ueber die Behandlung von Regierungspräsidenten finden wir nichts in den der Presse zugegangenen Bericht. Dagegen finden wir den erstaunlichen Satz: „Der 6. November werde die Zeit bringen, wo Adolf Hitler von seinem Eide in Leipzig befreit werde." — Früher hieß die nationalsozialistische Formel: „Legal bis zum Tage der Machtergreifung." Daß die Reichstagswahl am 6. November Herrn Hitler zur Machtergreifung verhelfen werde, kann wohl auch der bayerischen Oberschicht nicht annehmen. Hofft er dennoch und gerade für diesen Fall, auf ein Ende der nationalsozialistischen „Legalität"?

Wieder Weihnachts-Rückfahrkarten.

„Winterssportkarten" nicht geplant.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

ph. Berlin, 12. Okt. Die Sonntagsrückfahrkarten, die über das Weihnachtsfest ausgegeben werden sollen, eine Gültigkeitsdauer von zehn Tagen haben. Der Tag ihrer Ausgabe und der letzte Termin zum Zurückantritt sind noch nicht genau festgelegt. Winterssportkarten in ähnlicher Weise wie die Sommersonntagskarten beabsichtigt die Reichsbahn nicht, wie von ihr mitgeteilt wurde, auszugeben. Auch ein Ende der Sommersonntagskarten ist, soweit im nächsten Jahr die Sommersonntagskarten einmal früher ausgegeben.

Schwere Ausschreitungen in Belfast.

3 Tote. — Barrikaden. — Panzerwagen.

Belfast, 12. Okt. (Europapreß.) Die Arbeitslosenunruhen in den Straßen von Belfast nahmen im Laufe des Dienstag abend den Charakter einer regelrechten Revolte an. In mehreren Straßen der Stadt wurden von den Demonstranten Barrikaden errichtet. Es kam zu heftigen Kämpfen, mit der Polizei, bei denen Feuerwaffen Gebrauch machen mußte. Soweit bisher bekannt ist, wurden dabei drei Personen getötet und elf schwer verletzt. Die Zahl der Leichtverletzten beträgt etwa 200. Im Laufe des Abends wurde eine größere Anzahl von Geschäften geplündert; mehrere Häuser wurden völlig eingeäschert. Von den Arbeitslosen wurden noch weitere Brände gelegt, die bisher noch nicht gelöscht werden konnten. — Die Polizei erließ ein Verbot, die Straßen während der Nachtstunden von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens zu betreten, doch hat sich dieses Verbot bisher noch als ziemlich wirkungslos erwiesen. Gegen 11 Uhr wurden in der Falkstreet die Polizisten von den Dächern heftig beschossen. Erst nach Mitternacht trat in der Stadt Ruhe ein. Nur in einem Bezirk wurde noch auf die Polizei geschossen, sobald sie sich zeigte. In diesem Bezirk streifen noch Panzerwagen durch die Straßen.

Belfast, 12. Okt. (Europapreß.) Die Arbeitslosenunruhen sind heute trotz der starken polizeilichen Ueberwachung der Hauptstraßen wieder zum Ausbruch gekommen.

Tagesschau.

Leitartikel: Optimistisch — aber mit einfach (zu Papens Rede) Seite 1

Das Gesamturteil des höchsten Parlaments Seite 2

Wird Papen bleiben? Seite 3

Gesslerhut beschäftigt seines Erklärung über Braun Seite 4

Handel:

Der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten berichtet über lebhaftere Auftragstätigkeit im September Seite 5

Die Württembergische Cattunmanufaktur Heidenheim war 1931/32 ständig gut beschäftigt Seite 6

Sport:

Fortschritte oder Stagnation? Seite 10

Feuilleton:

Der verhinderte Rundfunkvortrag / Ein Beispiel für viele / Der III. Internationale Kongreß für christliche Archäologie / Skandinavische Chronik Seite 8

Die Münchner Rede.

Ein Programm, eine Abrechnung und viel Optimismus.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

G. München, 12. Okt. Die Rede, die der Reichskanzler in der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes im Hotel-Palast, dem größten Saal Münchens, hielt, wurde von den rund 2000 Zuhörern mit starkem Beifall aufgenommen. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Geheimrat Böhringer, hatte dem Kanzler für das Verbandsheim gedankt, das er durch seinen Besuch den Sorgen des deutschen Elends entgegenbringe, hatte aber mit Kritik an der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung nicht gespart. Mit Bezug auf die Agrarkrisis gestand er die Hilfe des Staates, die übergroß und besonders in einer „Friesenrede" das Gange ansehen und nicht Sonderwünsche zu erfüllen, sofern das Ganze dadurch geschädigt werde. Er berief sich auf die Rede Adam Smiths, nicht Industrie dürfe die Politik leiten, sondern Organisation der nationalen Gesamtkraft, wollen Kapitalisten in ihrem grundsätzlichen Teil zu Handlern und zusammengeschrumpften Silberhalt in den Kreisen der Wirtschaft gefunden hat. Daß schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Teilgebiete dieses Programms kritisch beurteilt werden. Der Beifall auch des Wirtschaftsprogramms ist, Vertrauen zu schaffen, eine Aufforderung des Mißtrauens und des jede Unternehmungslust ödenden Pessimismus zu streichen. Auch ich glaube, daß der Anfangserfolg nicht ausgeblieben ist, in sich bereits in einem Aufwuchs eingestellt hat, der uns für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann. Alle Ihnen bekannt ist, hat die Entwicklung der Arbeitslosenzahl im vergangenen Monat mit einer Ausnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 Arbeitslose abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der September-Monat das traurige Resultat eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140 000 Arbeitslose. Nun ist gewiß die sehr erfreuliche Besserung des Arbeitsmarktes das Ergebnis verschiedener zusammenwirkenden Faktoren, die sich in ihrer Einzelauswirkung nicht voneinander trennen lassen. Aber wenn nicht nur neue Einstellungen von Arbeitslosen erfolgt sind, sondern vor allem auch, wie die Septemberzahlen deutlich des Arbeitsmarktes beweist, Entlassungen in großem Umfang verminderten werden konnten, die sonst um diese Jahreszeit einzutreten, so darf man diese Erfolge besonders in erster Linie auf das Konto der psychologischen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms verbuchen. Man immer man an diesem Programm im einzelnen auch kritisch auszusetzen haben mag, es hat jedenfalls der Wirtschaft bereits jetzt, in den ersten drei Wochen seiner Dauer, eine fühlbare psychische und materielle Entspannung gebracht. Und wir hoffen — das muß besonders betont werden — daß erst am Anfang der Möglichkeiten, die sich aus dem Maßnahmen der Regierung ergeben sollen. Die Aufgabe der Steuergutscheine hat geschafft der Wirtschaft, und zwar — wie ich nachdrücklich betonen möchte — nicht nur den Großbetrieben, die zur Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit benötigten Geldmittel. Damit erst werden die im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung liegenden und unleugbar großen Möglichkeiten voll ausgenutzt werden können.

Wenn Herr Hitler mit einer leichten Handbewegung erklärt hat, das wirtschaftliche Programm der Reichsregierung könne noch allen vorhandenen Anzeichen bereits jetzt als erledigt gelten, so sprechen die von mir wiedergegebenen Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes wohl unzweideutig und deutlich überzeugend gegen diese Behauptung!

Die Handelspolitik.

In den Teilgebieten des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, die am heftigsten in der Oeffentlichkeit, wie in den Kreisen von Industrie und Handel kritisiert worden sind, gehört die Handelspolitik. In dieser Beziehung kann ich nur wiederholen, was ich bereits in Münster erklärt habe:

Das Gebanken einer grundsätzlichen Autarkie kommt die Reichsregierung als Deutschland kann nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten.

Aber diese Anerkenntnis darf nicht hindern, Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft, zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit zu treffen, wie wir sie im Reichstarif für unbedingt erforderlich erachtet haben. Jahrelang hat man eine Wirtschaftspolitik geführt, die die industrielle Erzeugung zum Nachteil der agrarischen stark begünstigte. (I. D. Red.) Die Preisscheren war unerträglich geworden. Heute handelt es sich darum, der landwirtschaftlichen Erzeugung Lebensbedingungen zu verschaffen, die sie vor dem vollen Zusammenbruch bewahrt, dem Zusammenbruch insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Wir wollen keinen Wirtschaftskrieg. Aber ich muß die Erwartung aussprechen, daß man sich vor allem im Auslande der besonderen Notlage unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht verschließt, zumal man doch in den betroffenen Ländern am besten verstehen wird, wie lebensnotwendig es für jeden Staat ist, seine Grundproduktion intakt zu halten. Es gibt ein Mittel für die an den Einfuhr noch Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kaufkraftverringerungspolitik überflüssig zu machen, nämlich ihr einen fühlbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt Sorge zu tragen.

Wenn die Welt wieder bereit ist, in großzügigem Ausmaß deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen, auf die große Teile der Weltmarkt mangelnden einem Teil unserer Arbeitslosen wieder Arbeit gibt, dann wird auch die Kaufkraft unserer Arbeiterschaft wieder steigen und die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder wachsen.

Die Sozialpolitik.

Die Ermächtigungsverordnung der Reichsregierung soll die sozialen Einrichtungen leistungsfähig erhalten und ihre Verwaltung zum Nutzen der Versicherten vereinfachen. Auch der stabilen und allmählich wachsenden Beschäftigungsziffer erwarten die Versicherungsträger zunächst bleibende und dann steigende Beitragseinnahmen.

Daraus wird die Reichsregierung — vielleicht schon Anfang kommen — die erforderlichen Folgerungen zugunsten der Leistungsempfänger ziehen.

Für den Winter hoffen wir, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungssätze erhöhen zu können.

Ueber das hier mögliche Ausmaß wird zur Zeit beraten. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegt hat, gelockert werden. Es ist auch in Aussicht genommen, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teiles des früheren abgebauten Leistungsumfanges in beschränktem Umfange freiwillige Mehrleistungen einzuführen, [illegible] will man mit den Mitteln und Kräften der Versicherungsträger vorsorgen. Die Reichsregierung wird ferner, so hat die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewähr [illegible] neue freiwillige Mehrleistungen erschließen werden können.

KEEP

B 039598

H3754-0006

Solche und ähnliche Erwägungen sind es, die bei Anwendung der Ermächtigungsverordnung zur Zeit im Vordergrunde stehen.

Wir hatten seinerzeit den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat oder — wie ich unmißverständlicher lieber sagen möchte — der Versorgungsstaat, so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen gedroht. Die heftige Kritik, die dieser Satz gefunden hat, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Belastung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade der sittlichen Pflicht enthoben hat, zu allererst, und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen.

Das Vertrauen.

Das schwere Werk, die deutsche Wirtschaft wieder zu einem neuen Aufstieg zu führen, kann nicht ohne das Vertrauen des Volkes gelingen. Alle großen Leistungen der Geschichte mußten zu ihrem Gelingen von Vertrauen auf die Zukunft und auf die eigene Kraft getragen sein. Die sicherste Grundlage für das Vertrauen ist aber das Bewußtsein der eigenen Leistungsfähigkeit. Jüngste schnellebige Zeit vergißt zu leicht, welch' ungeheure Leistungen der einzelne und das Volk in der letzten Zeit vollbracht haben. Die deutsche Wirtschaft, ausgeblutet durch die Reparationsbelastungen, hat doch noch den jährlichen und laufenden Abzug von 5 und mehr Milliarden Reichsmark an ausländischem Kapital überstanden. Sie hat die Banken- und Kreditkrise des vergangenen Jahres, wenn auch unter unvermeidlichen schweren Erschütterungen, überwunden. Das alles berechtigt zu Vertrauen. Ist es da nicht ein Verbrechen, wenn aus wahltaktischen, aus staatsfeindlichen Parteirücksichten versucht wird, dieses Aufbauprogramm gestört oder materiell zu sabotieren? Wollen wir uns durch Wahlrücksichten Ruhe, Ordnung, Vertrauen in den Aufstieg der Nation rauben lassen? Ich bin der Ansicht, daß wir die Meinung des um Arbeit und Brot ringenden Volkes ernehmen, wenn wir dagegen mit drakonischer Schärfe einschreiten werden.

Die Reformen.

Ohne stetige politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen konnte (sic! D. Red.) Ueberall ist die Erkenntnis verbreitet, daß die Zeit zu dieser Reform gekommen ist, gerade von Männern der sind denkenswerte Anregungen gegeben worden sind. Wir unsere Parteien sind sich in der erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig. Der Führer des Zentrums hat bekanntgegeben, daß er demnächst ein Verfassungsprogramm verfunden werde, und es sollte mich freuen, wenn er aus den Erkenntnissen, die er schon vor vier Jahren über die Notwendigkeit einer stabilen Regierung ausgesprochen hat, jetzt die Folgerung zieht wie ich. Ich stimme auch dem Herrn Staatsgerichtspräsident zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 einmal abgeschlossen werden muß. Das aber kann nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen, welches das Verhältnis zwischen Staat und Volk und zwischen Reichsgewalt und Ländern in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit der Zukunft und in Wertungen der geschichtlichen Staatspersönlichkeiten neu bestimmt. Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein „rocher de bronze". Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten anheimgestellt sein.

Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt. Als Gegengewicht gegen einseitige, vom Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit selbständigen Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Damit ist das einzige Mittel gegen das überspitzte parlamentarische System und gegen die Verfassung des Reichstags die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse bestehen, wird auch kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden.

Mit den Ländern.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die unmittelbar oder mittelbar eine Zerschlagung Preußens bedeutet. Eine Aufteilung des preußischen Staatsgebietes, eine Auflockerung der in langer Geschichte gewordenen Masse, eine Aufgabe der Ost-Westachse, können nicht die Grundlage einer Reichsreform bilden, wie sie der Reichsregierung vorschwebt. Die Erhaltung Preußens in seinem Bestande als staatsrechtliche Einheit wird nicht nur von Preußen als eine selbstverständliche Forderung angesehen. Sie dürfte auch von den anderen Ländern als Sicherung gegen eine Machtstellung der außerpreußischen Länder betrachtet werden. Das Schwergewicht der Reform muß in der Beseitigung des allgemeinen auch dem bayrischer Seite betonten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen. Das Ziel wird durch die Zusammenfassung der Aktionsorgane des Reichs und Preußens erreicht werden. Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen dem Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die gerade von bayrischer Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung beseitigte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wieder hergestellt werden.

Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist! Lebenstätig sind nur diejenigen Einrichtungen, welche aufbauende Arbeit schaffen können.

Der 13. August.

Man hat gesagt, daß, im Zusammenhang der Machtübergabeverhandlungen gerechnet, der 13. August dieses Jahres ein Schicksalstag gewesen sei. Jener Tag sollte der Sonderstellung aller nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefordert, erhofft hatte. Es galt, die große und verbindende Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit am Reiche einzugliedern. Aber unser Ruf hat keinen Widerhall gefunden.

Es ist eine historische Fälschung, wenn heute behauptet wird, ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Ergreifung der Verantwortung ferngehalten.

Das Angebot des 13. August gab der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reiche und Preußen, der ihr entsprechenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der „Totalität", der „Ausschließlichkeit" heraus, dem seine Partei huldigt.

Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestandes, die richtigzustellen ich die Pflicht habe, wenn die NSDAP heute behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert,

sondern sei bereit gewesen, auch noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgendetwas geändert? Es ist bekannt, daß der Herr Reichspräsident, dem allein die Berufung des Kanzlers zusteht, diesen Anspruch der Totalität abgelehnt hat. Warum er ihn abgelehnt hat, kann nicht zweifelhaft sein. Eine persönliche Ablehnung etwa gegenüber dem Führer der Bewegung kann gar nicht in Frage kommen, denn der Herr Reichspräsident steht turmhoch über solchen Erwägungen. Es sind ausschließlich prinzipielle Bewegründe gewesen, die das Urteil des Staatsoberhauptes geformt haben.

Das Weiterhalb konservativer Volksanschauung ist ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge. Das ist auch ihr grundsätzlicher Unterschied zwischen der Doktrin, welcher die NSDAP huldigt. Ihre Grundsatz der „Ausschließlichkeit" des politischen „alles oder nichts", ihr mystischer Messiasglaube an den vorherbestimmten Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession. Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik. Mir scheint, daß Namen und Personen heute, wo es um Deutschlands endgültiges Schicksal geht, völlig gleichgültig sind. Was die Nation fordert, ist dieses: Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben hat, verlangt sie, daß sie in jedem Augenblick und in jeder Lage so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre. Handelt sie nicht so — handelt sie nach taktischen Gesichtspunkten, nach Gesichtspunkten der parlamentarischen Demokratie, der Massenwerbung mit demagogischer Verhetzung mit den Mitteln proletarischen Klassenkampfes, dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden.

Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast zugrunde gegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mitleidslos verachten, wie es Herr Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentsdemokratie unterwerfen, so unterwerfen, daß man mit dem Bolschewismus Resolutionen gegen eine Regierung beschließt. Das Schauspiel der Reichstagssitzung vom 12. September ist der beste Beweis für den solchen Weg, auf den eine große nationale Bewegung sich begeben hat. An der Wiedererweckung des nationalen Gedankens haben doch auch andere gearbeitet. Man führt uns die Toten an, die für die nationalsozialistische Bewegung gefallen sind — ich verkleinere ihren Opfermut und ihren Idealismus nicht — aber was besagen diese Opfer, die im inneren Kampfe gefallen sind, gegenüber den zwei Millionen des Weltkrieges, auf deren Gedächtnis allein erst eine wahrhafte Volksgemeinschaft ohne Parteihintergründe aufgebaut werden kann?

Im Interesse des Volkszanzen lehnen wir den Machtanspruch von Parteien ab, die ihre Anhänger sich mit Leib und Seele verschreiben wollen und die sich als Partei oder Bewegung an die Stelle der deutschen Nation setzen wollen. Alle diese Schranken der Parteien und Klassen müssen fallen, allen diesen starren Organisationen, die den lebendigen Körper des Volkes durchschneiden, muß wieder zum Bewußtsein kommen, daß sie Diener des Volkes und nicht seine Herren sein sollen. Deshalb sage ich: Wenn jemals eine nationale Bewegung die Pflicht gehabt hat, dann ist es die, dem Reiche bei seinem Kampfe um die Herstellung der Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen. Wir sind in diesem Kampfe nicht einheitig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes. Das deutsche Volk weiß besser darüber zu urteilen, was die Ehre und Würde der deutschen Nation verlangt, als ein Teil seiner Abgeordneten; es wird, dessen bin ich sicher, die leeren Deklamationen einer verbohrten Parteibürokratie mit der Nichtachtung behandeln, die ihnen gebührt. Die Reichsregierung hat bei ihrem Antritt als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Das Ziel bleibt unverrückbar bestehen — muß bestehen bleiben — um Deutschlands willen — auch wenn die Wege heute auseinanderführen. Nichts kann das Vertrauen in den Aufstieg der Nation mehr hindern, als die Unbeständigkeit der politischen Verhältnisse, als Regierungen, die nur Treibholz sind auf den Wellen der Partei und abhängig von jeder Strömung. Diese Art der Staatsführung durch Parteiautomatik ist im Urteil des Volkes erledigt. Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen.

Der französische Sicherheitsplan.

Herriots Abreise nach London. — Ost-Locarno? — Aufrüstungsverbot.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

dg Paris, 12. Okt. Ministerpräsident Herriot ist heute nachmittag in Begleitung von zwei Sekretären nach London abgereist, um dort den auf zwei Tage angesetzten Besuch abzustatten und mit der englischen Regierung die durch Deutschlands Fernbleiben von den Arbeiten der Abrüstungskonferenz geschaffene Lage zu erörtern. Genauer gesagt handelt es sich um die große Frage, ob die Bemühungen um Deutschlands Wiedererscheinen in Genf im Rahmen der von MacDonald seinerzeit hastig vorgeschlagenen Sonderkonferenz oder im Rahmen der Genfer Abrüstungsarbeiten stattfinden sollen. Die Franzosen behaupten zwar, daß der englische Gedanke einer solchen Sonderkonferenz endgültig fallen gelassen worden sei, aber dies ist mehr ein Wunsch als eine Feststellung, was schon daraus hervorgeht, daß die französische Regierung sich die Einladung Herriots nach London verschafft hat und nicht, wie ursprünglich behauptet wurde, die Londoner Regierung die Initiative zu dieser Einladung ergriffen hat. Der Sinn des französischen Drängens, ein tête-à-tête mit der englischen Regierung zu haben, ist ein doppelter: einmal will man auf die Wirksamkeit der englisch-französischen Freundschaft und des Konsultativpaktes hinweisen, zum anderen aber — und das ist wohl wichtiger — will die französische Regierung ihren sogenannten konstruktiven Plan, der die ganzen Schwierigkeiten beheben soll, mit der englischen Regierung durchsprechen, was um so wichtiger ist, als dieser Plan tatsächlich ein Phantom bleibt, solange er nicht die englische Zustimmung einschränkungslos gefunden hat. Dieser Plan ist vorläufig nur eine Skizze und hat noch nicht einmal die Genehmigung der Gesamtregierung und der technischen Stellen in Frankreich gefunden. Wahrscheinlich hat man sich auch noch gar nicht bemüht, diese zu erreichen, damit Herriot nach seiner Rückkehr aus London Gelegenheit hat, diejenigen Aenderungen vorzunehmen, die ihm nach der Kenntnisnahme der englischen Einwände nötig erscheinen werden. Den Hauptanteil an der Ausarbeitung des diplomatischen Instruments hat der Kriegsminister Paul-Boncour, der dabei seine großen Erfahrungen und seine Phantasie als Spezialist für Sicherheitsfragen betätigt hat. Er ist denn auch gestern abend eiligst von Genf abgeflogen, um an dem heutigen Ministerrat teilzunehmen, dem der Ministerpräsident alles das vorgetragen hat, was er in London zu besprechen wünscht. Den Hauptteil der Regierungsberatung bestritt allerdings Paul-Boncour, der einmal das Vertragswerk selbst klarlegte und zum anderen über die Aufnahme berichtete, welche dieser Plan bei den französischen Verbündeten, den sogenannten Balkanstaaten, gefunden hat. Dieses ist er nämlich von dem Kriegsminister in einer besonderen Besprechung gestern in Genf auseinandergesetzt worden, an der der polnische, tschechische und südslawische Außenminister sowie der rumänische, griechische und belgische Delegierte teilnahmen.

Es ist nötig, auf den Hauptzug der französischen Politik hinzuweisen. Diese besteht darin, daß Frankreich alle mit der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung zusammenhängenden Fragen nach den Grundsätzen, die auf der Abrüstungskonferenz zu tage traten, behandelt wissen möchte und daß sie auf Genf als dem einzig geeigneten Rahmen für die Behandlung des Problems besteht. Dieser Zug in der französischen Politik ist nicht neu. Auch bisznal spielt dabei die Unterstützung der kleinen Staaten, die Frankreich gewogen sind, eine bedeutsame Rolle. Außerdem hofft man, die von England geteilte Tendenz, daß Deutschland grundsätzlich Anspruch auf Gleichberechtigung hat, in Genf nur verschwindend vertreten. Daß Frankreich sich England gegenüber unsicher fühlt, ist unbestreitbar, und zwar nicht nur wegen der notorischen Sprunghaftigkeit MacDonalds, sondern auch wegen der öffentlichen Meinung in England, die für die französische Auffassung um nur begrenztes Verständnis hat. Die Franzosen haben infolgedessen auf sehr verwickelten Umwegen das Gerücht lanciert, die englische Regierung habe sich der Berliner Regierung gegenüber in der Frage der Gleichberechtigung bereits in einem bestandenen Sinne gebunden, was natürlich eine englische Richtigstellung zur Folge gehabt hat, an der die Franzosen sich nun freuen können.

Der sogenannte konstruktive Plan der Franzosen ist, wie gesagt, ein Skize, und schon aus dem Grunde nur in seinen Hauptlinien bekannt, so daß ein genauer und endgültiges Urteil selbstverständlich unmöglich ist. Es handelt sich um eine wahre Büchse der Pandora, aus der auf ein gegebenes Zauberwort unendliche Möglichkeiten entschweben können. Es ist ein ganzes System von Sicherheitsverträgen, und zwar zunächst ein Konsultativpakt, der auch Amerika umfassen und so beschaffen sein soll, daß alle Unterzeichner verpflichtet sind, an der Bezeichnung des Angreifers teilzunehmen, was die amerikanische Neutralität endgültig ausschlösse und der Theorie von der Freiheit der Meere ein Ende machen würde. Zweitens soll ein nur Europa umfassender Nichtangriffspakt geschlossen werden, der den Wortlaut der Locarnoer Verträge teilweise zu wiederholen scheint, so daß er im Grunde nichts anderes darstellen dürfte als die Formulierung des berühmten Ost-Locarno. Neben der Verpflichtung zur Unterlassung jeder gewaltsamen Aenderung der bestehenden Zustände soll er ein Verfahren zur friedlichen Beilegung von zwischenstaatlichen Konflikten sowie Maßnahmen zur gegenseitigen Hilfeleistung zugunsten des angegriffenen Staates enthalten. Es ist unter diesen Umständen nicht überraschend, daß gerade dieser Teil des französischen Planes die mahezu vorbehaltlose Zustimmung der französischen Bundesgenossen gestern in Genf gefunden hat, so daß Herriot bei diesem Teil des Plans in London sagen kann, er spreche nicht nur für Frankreich, sondern auch noch für ein halbes Dutzend andere europäische Länder, die an der Sicherheit im höchsten Grade interessiert seien.

Um gleich auf den springenden Punkt dieses Paktes hinzuweisen, unterstreichen wir, daß er tatsächlich die Tendenz hat, die von England so widerwillig gegebene Garantie für die deutsch-französische Grenze auf den ganzen europäischen Status, vor allem auf die deutsche Ostgrenze auszudehnen. Wahrlich, die Franzosen haben diplomatischen Mut, wissen sie doch ganz genau, daß das englische Volk und die englische Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sei, sich zu einer derartigen Maßnahme niemals bereitfinden wird. In diesem Zusammenhang kann auch noch verzeichnet werden, daß die französische Antwort auf den MacDonaldschen Vorschlag einer Konferenz in London bereits eine solche Sicherheitsvorberung enthält, so daß schon aus diesem Grunde die sofortige Abhaltung der Konferenz unmöglich wurde.

Die übrigen Teile des französischen Planes befassen sich entsprechend der französischen These von der Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit mit verschiedenen Abrüstungsproblemen. Vor allem scheint Frankreich einen endgültigen Konventionsentwurf vorlegen zu wollen, der seiner Ansicht nach geeignet ist, die Arbeiten der Abrüstungskonferenz abzuschließen. Er soll sich weitgehend auf die Idee des Hoover-Plans stützen und eine schrittweise Verminderung der Rüstungsbestandes vorsehen. Der erste Schritt soll darin bestehen, daß veraltetes Material nicht wieder ergänzt werden soll. Ferner schlägt Frankreich vor, die verbotenen Luftwaffen, also vor allem die Bombenflugzeuge, dem Völkerbund als eine internationale Waffe zur Verfügung zu stellen, die im Kriegsfalle dem angegriffenen Staate zur Verfügung stehen soll.

Dieses ganze Gewirr von Sicherheits- und Abrüstungsvorkehrungen, die sich nicht nur untereinander, sondern auch mit früheren Verträgen überschneiden, ja decken, verbirgt auf den ersten Blick die Aussicht auf die aktuelle Frage, nämlich die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung in bezug auf den militärischen Status. Aber auch da hat der französische Plan vorgesorgt und sich ganz offensichtlich auf die in der bekannten Note Sir John Simons enthaltene Anregung bezogen, Deutschland in irgendeiner vertraglichen Form die juristische Gleichberechtigung zuzubilligen. Gleichzeitig aber will Frankreich eine endgültige Bilanz des Bewaffnungsstatus aller Länder ziehen, diesen Status als unüberschreitbar erklären und auf diese Weise Deutschland die Möglichkeit nehmen, von der juristischen Freiheit im Sinne einer Aufrüstung Gebrauch zu machen. Ueber diesen wichtigen Punkt liegen Einzelheiten noch nicht vor. Insbesondere weiß man nichts darüber, ob Frankreich bei dieser Schlußbilanz an seiner alten These festhalten wird, daß die ausbewilligten Reserven bei der Berechnung der Streitkräfte nicht mitgezählt werden sollen.

Streit Francois-Poncet?

✠ Paris, 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die Agence Havas erklärt, von amtlicher Stelle darüber unterrichtet worden zu sein, daß die auch von uns verzeichnete Vermutung, der französische Botschafter in Berlin Herr François-Poncet werde seinen Posten verlassen, nicht ganz zutreffe.

Haftentlassung von G. C. Lahusen.

Bremen, 12. Okt. (Wolff.) Das Oberlandesgericht in Hamburg entschied heute als Beschwerdeinstanz dahin, daß G. Carl Lahusen, das frühere Vorstandsmitglied der Nordwolle, gegen Bürgschaftsleistung von 1 Million Rmk. aus der Haft zu entlassen sei. Diese Bürgschaft ist in Bremen von einer größeren Anzahl von Freunden Lahusens aufgebracht worden, so daß G. Carl Lahusen noch am Mittwoch das Untersuchungsgefängnis, in dem er nahezu 15 Monate (seit 17. Juli 1931) zugebracht hat, verlassen kann.

Der falsche Daubmann.

Der Schwindler, namens Karl Ignaz Hummel, entlarvt und verhaftet.

(Drahtmeldungen unserer Korrespondenten.)

✠ Karlsruhe, 12. Okt. Es bestätigt sich, daß der Mann, der sich als Oskar Daubmann aus Endingen ausgegeben hat und sich als Heimgekehrter nach 10jähriger Gefangenschaft begeistern ließ, hat seinen Namen und Personalien gefälscht. Überhaupt nichts mit Daubmann zu tun hat. Er heißt in Wirklichkeit Karl Ignaz Hummel, stammt aus Oberzell im Amtsbezirk Waldshut, wo er am 9. März 1898 geboren wurde, und hat in den letzten Jahren in Offenburg ein Schneidergeschäft betrieben. Er hat gestern abend ein Geständnis abgelegt und ist daraufhin verhaftet und in das Freiburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Das Geständnis.

△ Freiburg, 12. Okt. Im Freiburger Polizeipräsidium fand Mittwoch vormittag eine Vernehmung des entlarvten „Daubmann" durch die Kriminalpolizei statt, bei der Beschuldigte offen zugab, der verhaftete Schneider Karl Ignaz Hummel aus Hofweier bei Offenburg zu sein, als der er auch bei der Gegenüberstellung mit einem in Freiburg wohnenden Schwager erkannt wurde. Hummel gab eine klare Darstellung seiner Erlebnisse, die jeden Zweifel ausschließt. Aus den Einzelheiten seiner Schilderung erhalten wir von unterrichteter Seite noch folgende Mitteilungen:

Hummel war mit seinem Fahrrad über Oesterreich nach Italien gelaufen, wo ihm die wenigen Geldmittel, die er besaß, völlig ausgingen, so daß er sein Fahrrad verkaufen mußte. Mittellos und physisch vollkommen erschöpft, hatte er auch nicht mehr die Kraft gehabt, zur Fremdenlegion zu gehen, und wollte nur noch zurück in die Heimat. Da kam er in Neapel auf den Gedanken, sich als den vermißten und ihm aus seiner Schulzeit her gut bekannten Oskar Daubmann auszugeben. Er schrieb den bekannten Brief an die Eltern Daubmanns nach Endingen, in dem er sich als ihren Sohn ausgab, der aus französischer Kriegsgefangenschaft entwichen sei, und um Zusendung seiner Papiere bat. Er erhielt die Papiere Oskar Daubmanns zugeschickt und sprach damit beim deutschen Konsul vor, der seinerseits durch Rückfrage in Endingen die Ortskenntnis des angeblichen Daubmann zweifellos feststellte, die Hummel durch seinen Aufenthalt in Endingen ja besaß. Er habe, so erklärte Hummel, durch seinen Betrug lediglich nach Deutschland zurückgelangen wollen. Als er aber bemerkte, welcher Empfang ihn in Deutschland erwarte, habe er kurz hinter der Grenze in Mülheim einen Fluchtversuch unternommen. Dieser sei mißlungen. Alles weitere habe sich dann zwangsläufig ereignet. Niemand habe ihn danach gefragt, ob er Daubmann sei, jeder habe ihn begeistert begrüßt. Bei dem großen Empfang auf dem Freiburger Hauptbahnhof sei er restlich vollkommen zusammengebrochen. Als Frau Daubmann erklärte, „das ist der Oskar!" habe er nicht mehr zurückgekonnt. Auch in Endingen habe er niemals zu sagen brauchen: „Ich bin Daubmann"; jeder habe ihn als Daubmann begrüßt. Begünstigt durch seine genaue Ortskenntnis sei es ihm leicht geworden, die einmal angenommene Rolle weiter zu spielen. Seine Verhaftung, vor der er seit Tagen fürchtig gezittert habe, sei für ihn eine Erlösung gewesen, denn er habe in diesen Wochen furchtbare Gewissensqualen ausgestanden, gegen die jede Zuchthausstrafe verblasse. Seine Vorträge über den Aufenthalt in der Gefangenschaft habe er aus Gehörtem und Gesehenem zusammengedichtet.

Wie war es möglich?

✠ Karlsruhe, 12. Okt. Wie war es möglich, so fragt heute natürlich jeder, daß dieser falsche Daubmann seine Rolle monatelang spielen konnte und daß er Gläubige in so großer Zahl gefunden hat? Die Antwort muß offenbar lauten, daß eben jeder, der zu glauben geneigt war, eine Stütze in den vielen anderen fand: die Mutter, die gewiß brennender als jeder sonst zu glauben wünschte und die doch anfangs zweifelte, in dem Chor der Menge, die der lockenden Sensation erlag; — der Bürgermeister, der sogerte, in dem Polizeibeamten, der ihn beruhigte; der Journalist, dessen Publikum Informationen verlangte, in dem Bettler Daubmanns, den der angeblich Heimgekehrte auf den ersten Blick erkannte und mit dem Vornamen anredete; der Dichter in der beglückten Mutter und dem „gutgesormten Bauernkopf" des Mannes. Sie alle bestärkten einer den anderen in seinem Glauben, und die übrigen, die Zweifler, deren Zahl nicht klein gewesen zu sein scheint, hielten sich zurück, weil es mißlich ist, einen Menschen zu beschuldigen, dem man möglicherweise doch Unrecht tut.

An die Stelle Oskar Daubmanns tritt also jetzt Ignaz Hummel, ein Schneider, der schon öfter mit dem Strafgerichten zu tun hatte und Freiheitsstrafen verbüßt hat, allerdings unter weniger romantischen Umständen als die sind, mit denen er seine erdichteten Abenteuer ausschmückte. Er verschwindet im Mai dieses Jahres aus Offenburg, um wenige Wochen später in Neapel aufzutauchen, um dann in Endingen, keine 70 Kilometer von dem Schauplatz seiner bisherigen Tätigkeit entfernt, den Platz des Totgeglaubten einzunehmen, mit dem er als Junge einmal zwei Jahre hindurch bekannt gewesen war. Es war von vornherein klar, daß er diesen Platz nicht dauernd werde behaupten können. Zwar sehen die Photographien des Offenburger und des Endinger Hummel merkwürdig verschieden aus, ohne daß man auf den ersten Blick sagen könnte, woran es liegt; denn die Brille allein, die er in Offenburg trug und in Endingen abgelegt hatte, kann es nicht sein. Aber schließlich war ja zwischen dem Mai und dem Juni keine so große Veränderung mit ihm vorgegangen, daß er einmal mußte ihn doch, wenn nicht seine Frau, so doch einer seiner Offenburger Bekannten irgendwo sehen und erkennen. Einmal mußte auch bei der Nachprüfung seiner Erzählungen aus der Zeit seiner Gefangenschaft etwas Positives herauskommen. Diese Erzählungen mußten ja, da sie von denen handelten, die er nie gesehen oder erlebt hatte, eine Menge von Angriffspunkten enthalten, und tatsächlich schienen sie von Anfang an den mit der Untersuchung betrauten Personen oder wenigstens einem Teil von ihnen reichlich unglaubhaft zu sein. Es war unwahrscheinlich, daß er beim Versuch der Flucht aus dem französischen Lazarett den bewaffneten französischen Aufseher, der ihm entgegentrat, mit einer einfachen Latte hatte niederschlagen können. Seine ganze Darstellung war von solchen Unwahrscheinlichkeiten durchsetzt. Positiv widerlegt war es, daß er sich auf der Flucht aus dem Fort Constantine von der Frucht der Kokospalme ernährt habe; denn es wurde alsbald festgestellt, daß in dem Fluchtgebiet überhaupt keine Kokospalmen wachsen. Auch die Erzählung von dem geheimnisvollen Dampfer, der ihn nach Italien befördert habe, klang keineswegs glaubhaft, und als er endlich mit einem Beweismittel für diese Fahrt herausrückte, der Ansichtskarte des Schiffsmatrosen, erwies sich alsbald, daß für den angebliche Daubmann auf dem Schiff, von dem die Karte abgegangen war, überhaupt nicht aufgehalten hatte.

Daß er überhaupt seine Rolle so lange spielen konnte, ist sogagen eine Leistung und beweist, daß in ihm nicht gewöhnliche Fähigkeiten stecken müssen. Es war ihm in diesen Wochen sicherlich nie recht wohl in seiner Haut. Aber dann bemächtigte sich seiner das nationale Gefühl der Bevölkerung, und es wurde für die Presse, die das Nationale zur Parteisache macht, zum Beweise mangelnder nationaler Gesinnung, an Daubmann zu zweifeln. Das, was ihn schließlich überführte, hätte von Anfang an zu seiner Entlarvung führen können: der Fingerabdruck. Man scheute sich wohl, einen Mann, der von patriotisch erregten Menschen so lebhaft gefeiert wurde, zum Fingerabdruck zu zwingen — obwohl ja, wenn er wirklich der gewesen wäre, für den er sich ausgab, ihm selbst hätte daran liegen müssen, daß alles irgend Mögliche zur Klärung der Situation getan worden wäre. Auch darauf, daß dies kommen würde, mußte ein kriminalistisch so erfahrener Mann wie Hummel gefaßt sein. Aber vielleicht hoffte er, noch das Honorar für sein Buch abwarten zu können, bevor er von neuem untertauchte.

Ist nun, so fragt man zum Schluß, diese Angelegenheit zum Lachen oder zum Weinen? Sicher wird heute bei der Lektüre der Zeitungen ein befreiendes Lachen durch ganz Deutschland gehen, und mancher wird heute dem Schneider von Offenburg für sein erheiterndes Heldenstück Dank wissen. Aber der Fall ist doch zu ernst, um nur komisch zu sein. Man denkt an die Mutter, in der dieser Mann längst begrabene Hoffnungen geweckt hat, die jetzt grausam enttäuscht sind. Man denkt an die Eltern anderer Vermißter, die durch den Endinger Fall in Erregung und neue Ungewißheit versetzt wurden. Es ist gut, daß diesen quälenden Fragen und Zweifeln durch die Aufklärung des Endinger Falles der Boden entzogen worden ist; es ist auch gut, daß auch den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die ohnehin schwierig genug sind, wenigstens diese vergiftende Angelegenheit ausgeräumt ist. Die menschliche Seite des Falles Daubmann mag weiterhin die Gemüter beschäftigen; mit der Politik hat die Angelegenheit von heute ab erfreulicherweise nichts mehr zu tun.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Italien.

✠ Berlin, 12. Okt. Ueber die zur Zeit in Rom zwischen den beiden deutschen Delegationen und der italienischen Regierung geführten Verhandlungen berichtet „J. und H.", daß Blättermeldungen über eine beabsichtigte Kontingentierung zwischen Kontingentierungsfrage und Devisenregelung nicht zutreffend seien. Auch werde keineswegs über eine grundsätzliche Neugestaltung des deutsch-italienischen Handelsvertrags verhandelt. Nach unseren Informationen dürfte man vielmehr versuchen, wieder zu einer befriedigenden Devisenverrechnung zu gelangen und es scheint, daß die Aussichten dafür zur Zeit nicht ungünstig sind.

Betreffs der Verhandlungen mit Frankreich hören wir, daß Deutschland bereits in Genf durch seine Vertreter seine Bereitschaft erklärt hatte, in Verhandlungen einzutreten, die eine Prüfung einzelner Tarifpositionen von 1927 zum Ziele haben sollten. Französischerseits scheint man aber neuerdings geneigt zu sein, bei den Verhandlungen den ganzen Vertrag zur Sprache zu bringen, während allerdings eine Kündigungsabsicht bisher stets entschieden verneint wurde. Die Verhandlungen mit Frankreich dürften entgegen einer gestern verzeichneten Version erst etwa in einem Monat stattfinden. Wo, steht zur Zeit noch nicht fest.

Granaten in Rangun. In einem Kunstspruch teilt Washington von Granaten mit, daß das Flußboot im Schlepp der „Cazagola" heute früh in Rangun eingetroffen ist. Die Besatzung sei wohlauf, die Maschine in bester Verfassung.

KEEP C

B 929509

H3754-0006A

3317-PS

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL

3317 P.S.

H-3754

G. B. EXHIBIT

GB 235

&B 235
Jan. 23 1946
Identified
Dy.

G. B. EXHIBIT

3295

B 039505

3

H3754 – 0007

H3754-0008

2 photostats